

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3760

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3760



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Radikale Initiative schadet der Gesundheit von Mensch und Tier und dem Forschungsplatz Schweiz

Die Initiative für ein Verbot von Tier- und Menschenversuchen stösst auf breiten Widerstand. Ein aus allen Bundeshausfraktionen zusammengesetztes Nein-Komitee hat heute in Bern den Abstimmungskampf eröffnet. Von Links bis Rechts ist man sich einig, dass diese Vorlage nicht nur die medizinische Versorgung der Bevölkerung gefährdet, sondern auch für die Tiermedizin, den Forschungsplatz, die Landwirtschaft und weitere Bereiche riesige Probleme schafft.

Am 13. Februar stimmt die Schweizer Bevölkerung über eine der radikalsten Vorlagen der letzten Jahre ab. Die Tier- und Menschenversuchsverbots-Initiative will jegliche Forschung an Tieren und Menschen verbieten. Überdies sollen keine Produkte mehr importiert oder gehandelt werden dürfen, die andernorts mithilfe solcher Versuche entwickelt wurden. Die Folgen wären verheerend, wie das von allen nationalen Parteien mitgetragene Nein-Komitee heute dargelegt hat.

«Die Initiative ist ein Rundumschlag und betrifft die medizinische Versorgung und damit die Gesundheitssicherheit, sie schwächt die Human- und Veterinärmedizin, den gesamten Forschungsstandort Schweiz und hat negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Konsum», fasste Mitte-Ständerätin Andrea Gmür (LU) zusammen. Aus diesem Grund habe die Vorlage im Parlament auch keine einzige Stimme erhalten.

Initiative verfehlt ihr Ziel

Gemäss Katja Christ, Nationalrätin der Grünliberalen (BS), richtet die Initiative nicht nur viel Schaden an, sie verfehlt auch ihr Ziel: «Tierversuche würden nicht verhindert, sondern wie die Forschung selbst lediglich ins Ausland verlagert, wo hingegen weniger strenge Tierschutzgesetze gelten.»

Auch für Ständerätin Maya Graf (Grüne, BL) ist das der falsche Weg. Die vorliegende Initiative sei extrem, sie schade der Gesundheit von Mensch und Tier. «Und sie verfehlt das Ziel, für welches wir Grüne uns seit Jahrzehnten einsetzen: gemeinsam mit allen Akteuren in die tierversuchsfreie Forschung wie die 3-R (Replace, Reduce, Refine) zu investieren.»

Medizinische Forschung wird ausgebremst

Ihre Rolle als ein weltweit führender Forschungsplatz, gerade in der Human- und in der Tiermedizin, könnte die Schweiz nach einer Annahme nicht länger wahrnehmen. Die Folgen des Entwicklungs- und Importverbots würden aber vor allem die Gesundheitsversorgung hart treffen. Die freisinnige Ständerätin Johanna Gapany (FR) unterstrich: «Diese Initiative stellt ein ganz konkretes Risiko dar für alle, die in unserem Land auf medizinische Behandlungen angewiesen sind. Gemäss dem Willen der Initianten könnte die Schweiz neue Medikamente weder entwickeln noch importieren.» Als konkrete Beispiele nannte sie die Entwicklung neuer Krebsbehandlungen, für die Forschung an Tieren und Menschen nötig sei, oder auch die aktuellen Impfstoffe gegen Covid-19.

Probleme auch in der Landwirtschaft

Wenig beachtet wurde bislang, dass die geforderten Verbote auch die Bauernbetriebe hart treffen würden. Martin Haab, SVP-Nationalrat und Landwirt (ZH), nannte dafür konkrete Beispiele: Die veterinärmedizinische Versorgung der Nutztiere, das Üben von Klauenpflege, künstlicher Befruchtung und Geburtshilfe in Kursen – alles wäre nicht mehr oder nur noch eingeschränkt möglich. «Aber auch neue Futtermittel, neue Stallsysteme in der Tierhaltung oder die Digitalisierung mit Melk-, Fütterungs- und Entmistungsrobotern müssen vor ihrer

Zulassung getestet werden. Verzichtet man darauf, geht das auf Kosten der Sicherheit und der Tiergesundheit.»

«Nicht im Interesse der Schweizer Bevölkerung»

Dass sich selbst der Schweizer Tierschutz (STS) klar von der Initiative distanziert hat zeigt, dass die Vorlage keine konstruktive Lösung für den künftigen Umgang mit Tierversuchen anbietet. STS-Vorstandsmitglied und SP-Nationalrätin Martina Munz (SH) sieht in der Schweiz zwar durchaus noch Verbesserungspotenzial, kämpft aber überzeugt für ein Nein am 13. Februar: «Die Annahme der Initiative hätte schwerwiegende Konsequenzen für das Gesundheitswesen. Zum Beispiel würde der Zugang zu den neuesten Behandlungen von Krebs verunmöglicht. Das kann nicht im Interesse der Schweizer Bevölkerung sein.»

Das überparteiliche Komitee hat gleichzeitig mit der heutigen Medienkonferenz die Abstimmungskampagne gestartet. Alle Informationen dazu unter: www.tierversuchsverbot-nein.ch

Kontakte

- › Andrea Gmür, Ständerätin Mitte (LU), Tel. 079 375 40 32, andrea.gmuer-schoenenberger@parl.ch
- › Katja Christ, Nationalrätin GLP (BS), Tel. 078 698 53 73, katja.christ@parl.ch
- › Maya Graf, Ständerätin Grüne (BL), Tel. 079 778 85 71, maya.graf@parl.ch
- › Johanna Gapany, Ständerätin FDP.Die Liberalen (FR), Tel. 078 718 61 39, johanna.gapany@parl.ch
- › Martin Haab, Nationalrat SVP (ZH), Tel. 079 236 84 11, martin.haab@parl.ch
- › Martina Munz, Nationalrätin SP (SH), Tel. 079 744 44 10, martina.munz@parl.ch
- › Oliver Steinmann, Kampagnenleiter economiesuisse, Tel. +41 79 734 66 31, oliver.steimann@economiesuisse.ch
- › Roberto Ramphos, Kampagnenleiter FDP, Tel. 076 582 28 52, ramphos@fdp.ch



Sperrfrist: 10. Januar 2022, 10.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Nein zum Verbot von Tierversuchen

Ständerätin Andrea Gmür (Die Mitte, LU)

Am 13. Februar stimmen wir über eine Initiative ab, welche im Parlament keine einzige Stimme erhalten hat. Weder im Ständerat noch im Nationalrat hat die Initiative überzeugen können. Kein einziges Mitglied des Parlaments hat sich für die Initiative ausgesprochen. Das passiert nicht oft! Parlament, Bundesrat und alle Parteien sind sich einig, diese Initiative schadet der Schweiz und muss deshalb abgelehnt werden. Gerne informieren wir Sie heute darüber, was diese Initiative will und dann werden Sie sehen, wieso wir diese Initiative nicht unterstützen können.

Die Initiative will alle medizinischen und wissenschaftlichen Versuche an Tieren und Menschen in der Schweiz verbieten. Sie sollen als Tierquälerei respektive als Verbrechen eingestuft werden. Die Initiative will zudem ein Verbot von Handel, Einfuhr und Ausfuhr von Produkten in deren Entwicklung solche Versuche nötig waren. Dieses Verbot soll auch dann gelten, wenn es keine Alternativen gibt. Wäre die Initiative heute in Kraft, dürfte die Schweiz keinen Covid-19 Impfstoff importieren. Produkte, die in der Schweiz bereits zugelassen sind, werden nur dann vom Verbot ausgenommen, wenn für das Produkt keine Versuche mehr durchgeführt werden. Zuletzt will die Initiative Ersatzforschung ohne Tierversuche im gleichen Mass durch den Staat unterstützen wie bis anhin die Forschung mit Tierversuchen.

Die Initiative ist ein Rundumschlag und betrifft die medizinische Versorgung und damit die Gesundheitssicherheit, schwächt die Human- und Veterinärmedizin, den gesamten Forschungsstandort Schweiz und hat negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Konsum.

Im Zusammenhang mit der Initiative ist es wichtig zu wissen, dass die Schweiz bereits heute eines der stärksten Tierschutzgesetze weltweit hat. Das ist auch gut so! Damit ein Tierversuch heute zugelassen ist, muss der erwartete Nutzen für die Gesellschaft die Kosten für das Tier überwiegen. In der Schweiz wurde die Anzahl Tierversuche deshalb seit 1983 auch um 72% gesenkt.

Die Initiative will also ein Problem lösen, das keines ist, und schafft dadurch neue.

Am deutlichsten wird dies, wenn wir die Auswirkungen der Initiative auf die medizinische Versorgung betrachten. Neue Medikamente oder Impfstoffe würden wir uns selbst verbieten. Damit wäre die Schweiz von vielen medizinischen Fortschritten ausgeschlossen, neue Therapien - um etwa Krebs zu heilen - sind mit der Annahme der Initiative in der Schweiz wohl nicht mehr möglich. Betroffen sind aber auch bestehende Medikamente wie etwa Schmerzmittel, Halswehtabletten, Antibiotika, oder auch Insulin oder wie erwähnt die Impfstoffe gegen das Corona Virus.

Durch das Import- und Handelsverbot können viele Medikamente nicht mehr in der Schweiz eingesetzt werden. Durch das Verbot von Versuchen in der Schweiz selbst, können diese Medikamente nicht mehr in der Schweiz produziert werden. Eine wirksame und schnelle medizinische Versorgung für Notfälle, nach Operationen aber auch für langfristige Therapien und Behandlungen ist durch diese Initiative in Gefahr. Das Gesundheitswesen wird damit direkt angegriffen, verlieren würden wir alle und speziell jene unserer Mitmenschen, die auf lebensrettende Medikamente oder auf Therapien angewiesen sind.

Darüber hinaus gibt die Initiative nicht einmal in Extremsituationen eine Möglichkeit für den Einsatz von Medikamenten, die an Tieren getestet wurden. Damit riskiert die Initiative Menschenleben, die mit den entsprechenden Medikamenten, die heute zulässig sind, gerettet werden können.

Sie sehen, eine solche Initiative kann nicht angenommen werden. Wir setzen uns deshalb ein für ein klares Nein am 13. Februar. Stimmen auch Sie Nein und folgen damit der Meinung der Mitte Schweiz, aller anderen Parteien, dem Parlament und dem Bundesrat. Vielen Dank.

Kontakt:

Andrea Gmür, Ständerätin Mitte (LU), Tel. 079 375 40 32, andrea.gmuere-schoenenberger@parl.ch

Sperrfrist: 10. Januar 2022, 10.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Nein zum Verbot von Tierversuchen

Nationalrätin Katja Christ (GLP, BS)

Die Initiative will jegliche Versuche an Tieren und Menschen, sowie die Ein- und Ausfuhr von Produkten wie beispielsweise Medikamenten verbieten, für welche entsprechende Versuche durchgeführt wurden. Eine Annahme der Initiative würde de facto zu einem Forschungsverbot führen. Die Folgen für die Gesundheitsversorgung von Mensch und Tier, aber auch für Wissenschaft und Innovation wären verheerend.

Forschung mit Tieren und klinische Versuche mit Menschen sind eine Voraussetzung für Fortschritt und Innovation. Die Resultate kommen insbesondere der Human- und Veterinärmedizin, aber auch der Umwelt, der Landwirtschaft und der Grundlagen- und Verhaltensforschung zugute. Die Annahme der Initiative würde angewandte Forschung wie auch die Grundlagenforschung an Universitäten, sowie Beobachtungs- und Verhaltensstudien verunmöglichen. Neue Behandlungsmethoden, die nur dank diesem wissenschaftlichen und medizinischen Fortschritt entwickelt werden, wären nicht mehr verfügbar. Diese Therapien könnten weder für die Schweizer Bevölkerung noch für Haus-, Nutz- oder andere Tiere genutzt werden. In Universitätsspitalern, Kliniken sowie Arzt- und Tierarztpraxen wären damit Methoden für die Diagnose und Behandlung verboten, welche derzeit Leiden lindern und Leben retten.

Moderne Humanforschung, wie sie heute betrieben wird, ist nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft der sicherste Weg, neue Heilmethoden zu entwickeln. Sie gehört richtigerweise zu den am stärksten regulierten und kontrollierten Forschungsfeldern weltweit, so auch in der Schweiz. Auch die Tierschutz- und Tierversuchsgesetzgebung der Schweiz gehört zu den strengsten der Welt. Bei Tierversuchen sind Forschende verpflichtet, das 3R-Prinzip (Replace, Reduce, Refine) anzuwenden. Dieser Grundsatz verlangt, dass Tierversuche nur dann bewilligt werden, wenn keine Alternativmethode existiert, die Anzahl Tiere im Versuch auf das notwendige Minimum beschränkt wird und die Versuchsmethoden und Haltungsbedingungen möglichst wenig belastend sind. Das Ziel der Forschenden ist nicht, an Tieren zu arbeiten, sondern Krankheiten zu verstehen, zu lindern und neue medizinische Behandlungen, Verfahren oder Impfstoffe zu entwickeln. Die Hochschulen und die forschende Industrie sind bestrebt, Tierversuche zu minimieren oder noch besser ganz zu ersetzen. Es ist in den letzten 30 Jahren gelungen, die Anzahl der Tierversuche von rund 2 Millionen auf unter 600'000 pro Jahr zu senken und die Belastung der Tiere nachweislich zu reduzieren.

Es wird stetig an Methoden zur Reduktion von Tierversuchen geforscht. Dabei muss der Fokus auf die nachhaltige Weiterentwicklung alternativer Forschungsmethoden anstelle von Verboten gerichtet sein. Die moderne Forschung belegt, dass Tierversuche häufig erhebliche Mängel aufweisen und kostspieliger sind als Alternativmethoden. Somit besteht auch ohne Gesetzesauftrag der Anreiz, möglichst rasch auf Alternativen umzusteigen. Beispielsweise wurde ein innovatives organoides Kulturmodell entwickelt, das aus menschlichem Darmgewebe gewonnen wird. Solche Organoiden ermöglichen die Modellierung wichtiger Aspekte des menschlichen Körpers ausserhalb eines lebenden Organismus. Dieses System kann Tierversuche in mehreren Phasen der Arzneimittelentdeckung und -entwicklung ersetzen und ermöglicht eine genauere Übertragung auf den Menschen.

Die Schweiz nimmt international eine führende Rolle im Bereich Forschung und Innovation ein. Diese führende Position verdanken wir vor allem der hohen Qualität unseres Forschungsstandortes, welcher über Jahrzehnte unter strenger Aufsicht aufgebaut und weiterentwickelt wurde und für viele Länder als Vorbild dient. Für die Schweiz sind Forschung und Entwicklung tragende Pfeiler, welchen wir mehr denn je Sorge tragen müssen.

Fazit

Diese Initiative ist viel zu extrem und schadet nicht nur dem Forschungsstandort Schweiz, sondern auch der Sicherheit menschlicher – und tierischer! – Patienten und Patientinnen. Die Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung und der Haus- sowie Nutztiere wären dramatisch, da wir von jeglicher medizinischen Innovation abgeschnitten wären. Tierversuche würden dabei nicht verhindert, sondern lediglich ins Ausland verlagert, wo weniger strenge Tierschutzgesetze gelten. Für die Industrie bestünde kein Anreiz mehr, in der Schweiz Forschung zu betreiben. Pharmaunternehmen würden ihre Forschungsaktivitäten ins Ausland verlagern. Wir würden hoch ausgebildetes Personal, sowie die Wertschöpfung verlieren was nicht absehbare Folgen für den Wirtschaftsstandort Schweiz hätte.

Ich sehe unsere Zukunft in einer innovativen Forschung, ohne Tierleid und Tierverschwendung. Deshalb müssen wir die Förderung, Entwicklung und Implementierung der 3R-Forschung, insbesondere von Ersatzmethoden, kräftig ankurbeln. So leisten wir einen wichtigen Beitrag dazu, dass künftig nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit zunehmend auf Tierversuche verzichtet werden kann.

Kontakt:

Katja Christ, Nationalrätin GLP (BS), Tel. 078 698 53 73, katja.christ@parl.ch

Sperrfrist: 10. Januar 2022, 10.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Eine extreme Initiative, die ihr Ziel verfehlt

Ständerätin Maya Graf (Grüne, BL)

Diese Initiative ist extrem, sie ist schädlich für die Gesundheit von Mensch und Tier und sie verfehlt das Ziel, für welches wir GRÜNE uns seit Jahrzehnten einsetzen: gemeinsam mit allen Akteuren die tierversuchsfreie Forschung wie die 3-R (Replace, Reduce, Refine) Forschung massiv zu fördern, schwerbelastende Tierversuche zu ersetzen und den Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz mit tierversuchsfreier Grundlagenforschung erfolgreich für die Zukunft zu positionieren.

Doch diese Initiative, welche auch von den namhaften Tierschutzorganisationen wie dem Schweizer Tierschutz oder den Schweizer Tierärztinnen und Tierärzten keine Unterstützung erfährt, schießt weit über dieses Ziel hinaus. Sie schadet im Gegenteil. Sie verlangt ein ausnahmsloses Verbot aller Tier- und Menschenversuche – darin eingeschlossen sind simple Beobachtungsstudien, die den Tieren selbst zugutekommen. So müssen Verhaltensstudien bei Nutztieren beispielsweise weiterhin möglich sein, damit die Haltungsformen verbessert und das Tierwohl gesteigert werden kann. In der Schweiz gelten jegliche Untersuchungen an lebenden Tieren, welche eine wissenschaftliche Frage beantworten sollen, als Tierversuch – auch dann, wenn die Massnahmen keine direkte Belastung für die Tiere darstellen. Die Initiative will all diese Versuche ohne jegliche Unterscheidung nach Schweregrad als Verbrechen einstufen. Das schadet dem Anliegen für weniger Tierversuche und mehr Tierwohl.

Aber auch unsere Gesundheit wäre ohne medizinische Forschung an Menschen stark betroffen. So würden beispielsweise nur alleine schon Forschungsprojekte mit Kindern wie z.B. pädagogische Untersuchungen kategorisch verboten. Ebenso dürften laut dem Initiativtext keine Produkte, also auch Medikamente und Impfstoffe mehr importiert oder gehandelt werden, welche auf der Basis von Tierversuchen entwickelt wurden. Das ist unverantwortlich und unrealistisch. Ein Ausstieg aus der Tierversuchsforschung geht nur schrittweise und gemeinsam mit allen Akteuren.

Und dieses Ziel darf nicht aus den Augen verloren werden. Denn noch immer sterben und leiden jährlich bis zu 600'000 Labortiere, obwohl die Qualität und die Aussagekraft für den Menschen und seine Gesundheit immer öfter umstritten sind. Eine zukunftsgerichtete, Schweizer Forschung und Innovation setzt immer mehr auf tierversuchsfreie Forschung und hohe ethische Standards für die Gesundheit von Mensch und Tier, um auch weltweit den Spitzenplatz zu halten.

Die GRÜNEN setzen sich seit Jahrzehnten für dieses Ziel ein und haben sich mit vielen politischen Vorstössen für die Reduktion und Ersatzmethoden für Tierversuche eingesetzt. So haben Bundesrat und Parlament Ende 2020 eine deutliche Erhöhung der Finanzmittel für die 3R-Forschung (Reduce, Refine, Replace-Prinzip), also für das Vermindern, Verbessern respektive Verfeinern und das Vermeiden von Tierversuchen beschlossen. Tierversuchsfreie Forschungsansätze werden heute mit dem 3R Kompetenzzentrum gezielt gefördert, sowie es auch das Initiativkomitee verlangt. Zudem wurde vor knapp einem Jahr das Nationale Forschungsprogramm (NFP) 79, "Advancing 3R - Tiere, Forschung und Gesellschaft" vom Bundesrat mit einem Budget von 20 Millionen Franken für fünf Jahre lanciert. Der Start ist letzten Sommer erfolgt.

Schwer- und mittelschwer belastende Tierversuche, welche noch immer 30% der Tierversuche ausmachen, müssen zudem dringend reduziert und die Haltungsbedingungen von Tieren in den Versuchen müssen verbessert werden. Wir haben noch grosse Aufgaben zu lösen. Doch die vorliegende extreme Initiative hilft dabei nicht, sie schießt über das Ziel hinaus und richtet Schaden an. Daher sage ich und die GRÜNEN klar Nein.

Kontakt:

Maya Graf, Ständerätin Grüne (BL), Tel. 079 778 85 71, maya.graf@parl.ch

Sperrfrist: 10. Januar 2022, 10.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Non à une interdiction extrême de l'expérimentation animale

Ständerätin Johanna Gapany (FDP.Die Liberalen, FR)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sehr geehrte Medienschaffende

Erlauben Sie mir einige Worte zur Initiative, die uns heute beschäftigt.

Zunächst muss eine wichtige Unterscheidung gemacht werden: Wir können auf Tierversuche so gut wie möglich verzichten und in die Entwicklung neuer Forschungsmethoden investieren. Diese Option bedeutet, Fortschritte zu machen und dafür zu sorgen, dass Lösungen gefunden werden.

Oder wir können alle Tier- und Menschenversuche verbieten und auf alle daraus resultierenden Behandlungen verzichten. Diese Option bedeutet, alle Lösungen abzulehnen und Rückschritte zu machen.

Genau das möchte diese Initiative. Sie beraubt alle Schweizerinnen und Schweizer der Möglichkeit, von neuen Behandlungen zu profitieren. Für einige, die sich den Luxus leisten können, sich in einem anderen Land behandeln zu lassen, wird das kein Problem sein. Aber das ist nicht die Mehrheit unserer Bevölkerung und welches Land möchte seiner Bevölkerung eine manchmal lebenswichtige Behandlung vorenthalten?

Sich um Tiere zu kümmern, muss ein Anliegen sein, das steht nicht zur Diskussion. Menschen, Frauen Männer und Kinder dafür zu opfern, ist jedoch keine Option. Denn in der Praxis werden mit dieser Initiative alle Versuche an Tieren und Menschen verboten.

Doch das ist noch nicht alles. Es wird uns auch verboten sein, Produkte zu kaufen, für die solche Experimente durchgeführt wurden. Ich nenne Ihnen einige Beispiele für Behandlungen, auf die wir hätten verzichten müssen, wenn diese Initiative in der Vergangenheit in Kraft getreten wäre:

- Für Brustkrebspatientinnen wurden monoklonale Antikörper mithilfe von Tierversuchen entwickelt.
- Für AIDS-Patienten, Tierversuche haben zur Entwicklung einiger antiretroviraler Therapien geführt. Dank dieser Entwicklung ist AIDS heute übrigens kein Todesurteil mehr, wie es noch vor 30 Jahren der Fall war.
- Und nicht zu vergessen all die Impfstoffe, die in der Schweiz nicht verfügbar wären: gegen Covid-19, Polio, Tuberkulose, Meningitis usw.

Tierversuche zu verbieten bedeutet, der Bevölkerung bestimmte Behandlungen vorzuenthalten, insbesondere den schon heute schwächsten Patienten. Diese müssten dann für Behandlungen ins Ausland ausweichen.

Tierversuche zu verbieten bedeutet, Forschern, Studenten, Ärzten und Apothekern die Mittel vorzuenthalten, um die Schmerzen bestimmter Menschen zu verringern oder gar zu beseitigen. Tierversuche zu verbieten bedeutet, Menschen zu opfern, um gewisse Tiere zu erhalten.

Noch ein Wort zu den Tierversuchen: Sie machen niemandem Freude und deshalb gibt es ständig Bemühungen, sie zu ersetzen.

Lösungen gibt es. Zunächst einmal ist uns der Tierschutz ein grosses Anliegen, darum haben wir eine sehr strenge Gesetzgebung in diesem Bereich. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, das unseren Willen deutlich macht: Der Begriff "Würde lebender Organismen" wurde in die Schweizer Gesetzgebung aufgenommen, während er im Ausland nirgends vorkommt.

Zudem ist die Entwicklung in vollem Gange, um Tierversuche zu reduzieren, zu verfeinern und allmählich zu ersetzen. Das ist die Bestrebung des 3R Kompetenzzentrum. Es vereint Universitäten, Pharmaunternehmen, den Bund und den Schweizer Tierschutz. Im Jahr 2021 beträgt das Budget 4.35 Mio. und es wird weiter aufgestockt, um die nötigen Mittel für weitere Fortschritte bereitzustellen.

Kontakt:

Johanna Gapany, Ständerätin FDP.Die Liberalen (FR), Tel. 078 718 61 39, johanna.gapany@parl.ch

Sperrfrist: 10. Januar 2022, 10.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Versuchsverbot schadet auch der Schweizer Landwirtschaft

Nationalrat Martin Haab (SVP, ZH)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wie alle anderen Fraktionen hat sich auch die SVP im Parlament ohne eine einzige Gegenstimme gegen die Tier- und Menschenversuchsverbots-Initiative ausgesprochen. Der enorme Schaden für unser Gesundheitssystem und unseren Forschungsplatz war auch für uns ausschlaggebend. Als Landwirt möchte ich aber einige zusätzliche Aspekte dieser radikalen Vorlage hervorheben.

Ich führe mit meinem Sohn im Kanton Zürich einen Landwirtschaftsbetrieb, der auf Milchwirtschaft, Viehzucht und Ackerbau setzt. Ich habe also täglich mit Tieren zu tun, mit Fragen zu ihrer Haltung, ihrer Fütterung und natürlich ihrer Gesundheit. Wie in anderen Wirtschaftsbereichen setzen auch wir auf Fortschritt und Innovation. Sei dies in den Haltebedingungen und in der Fütterung unserer Tiere oder im Anbau der Futtermittel. Wir wollen damit unsere Produktion in allen Teilen noch nachhaltiger gestalten. Dies sind wohl Ziele, die auch die Initianten unterstützen würden. Mit ihrer verfehlten Initiative erreichen sie aber das genaue Gegenteil. Warum?

Auch Nutztiere können einmal Patienten sein. Genau wie wir Menschen können sie krank werden und benötigen ein Medikament oder ein veterinärtechnischer Eingriff steht an, zum Beispiel bei der Reproduktion. An wem sollen solche Arzneimittel getestet werden, wenn nicht an Tieren? Wie soll ein Landwirt oder Veterinär in Zukunft sein technisches Handwerk üben, wenn nicht am lebenden Tier? Ich denke da an die Klauenpflege oder die Geburtshilfe, sowie an die künstliche Befruchtung, alles Tätigkeiten, welche wir nach absolvieren der nötigen Kurse selbst verrichten. Persönlich möchte ich meinen Tieren keine Medikamente verabreichen, deren Wirkung noch nie zuvor an einem anderen Tier getestet wurde. Auch Eingriffe am Tier, durch uns oder durch unseren Betriebsveterinär möchte ich unter keinen Umständen durchführen, ohne eine adäquate Ausbildung am Tier genossen zu haben. Die Initiative aber würde mich zu beidem zwingen.

Sie geht aber noch viel weiter. Auch neue Futtermittel, neue Stallsysteme in der Tierhaltung oder die Digitalisierung im Kuhstall mit Melk- und Fütterungs- und Entmistungsrobotern müssen vor ihrer Zulassung getestet werden. Verzichtet man darauf, geht das auf Kosten der Sicherheit und der Tiergesundheit. Gleiches gilt im Übrigen auch für den Pflanzenschutz: Um die Umweltverträglichkeit zu verbessern, muss getestet werden können, wie sich neue Mittel und Methoden auf Tiere, beispielsweise die Bienen, auswirken. Dies gilt übrigens auch für biologische Pestizide. Mit der Initiative wird das verunmöglicht.

Selbstverständlich könnte man solche Tests und auch die Ausbildung der Veterinärmediziner künftig ins Ausland verlagern. Aber einerseits halte ich das für eine absolut unehrliche Politik. Und andererseits verbietet die Initiative ja nicht nur die Herstellung, sondern auch die Einfuhr jeglicher Produkte, für deren Entwicklung Versuche mit Tieren durchgeführt wurden – egal, ob im In- oder Ausland. Somit wäre eine Zulassung in der Schweiz trotzdem nicht mehr möglich.

Was für die Forschung und die Pharmaindustrie gilt, gilt auch für die Landwirtschaft: Wir haben in der Schweiz heute bereits die fortschrittlichsten Tierschutzbestimmungen. Diese Initiative mag gut gemeint sein, doch ihre Urheber haben die Konsequenzen schlicht nicht zu Ende gedacht. Dem Tierwohl erweisen sie mit dieser Vorlage – gerade in der Landwirtschaft – einen Bärendienst. Aus diesem Grund werde ich am 13. Februar überzeugt Nein stimmen.

Kontakt:

Martin Haab, Nationalrat SVP (ZH), Tel. 079 236 84 11, martin.haab@parl.ch

Sperrfrist: 10. Januar 2022, 10.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Nein zum radikalen Tierversuchsverbot

Nationalrätin Martina Munz (SP, SH)

Die Initiative schiesst über das Ziel hinaus

Durch die Initiative sollte unnötiges Tierleid vermieden werden. Leider wird dieses Ziel verfehlt. Durch das radikale Tierversuchsverbot würden Tierversuche nicht einfach verschwinden, sie würden ins Ausland verlagert, wo die Schweiz keinerlei Einfluss auf Tierschutzstandards hat. Zudem würde die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung stark beeinträchtigt.

Als Vorstandsmitglied des Schweizer Tierschutzes, als Agronomin mit Vertiefung im Bereich Tierproduktion lehne ich die radikale Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative klar ab. Diese Haltung deckt sich mit der Haltung der Konsumentinnen und Konsumenten sowie Patientinnen und Patienten. Diese Initiative ist weder im Interesse der Bevölkerung noch im Interesse des Tierwohls.

Umstellung auf Ersatzmethoden würde erschwert

Der Forschungsstandort Schweiz würde durch die Auslagerung von Tierversuchen ins Ausland geschwächt, die Umstellung auf Ersatzmethoden dadurch erschwert. Der Bund betreibt heute bereits ein Zentrum für Ersatzmethoden (3 R-Zentrum) gemeinsam mit Pharmafirmen. Dort werden Prüfmethode entwickelt, die ohne Tierversuche auskommen. Beispielsweise werden dermatologische Tests an Geweben entwickelt, die mit dem 3D-Drucker erzeugt werden. Das ergibt mehr Nutzen ohne Tierleid und ist erst noch billiger. Der Umstellung auf tierfreie Methoden mit wissenschaftlicher Aussagekraft ist noch nicht in allen Bereichen möglich. Ersatzmethoden müssen zusammen mit der Forschung entwickelt werden. Ein vollständiger Verzicht auf Tierversuche ist in absehbarer Zeit nicht möglich, doch der Bund ist zusammen mit der Wissenschaft auf dem Weg.

Tierversuche in der Schweiz: ethisch einwandfrei regulieren

Bilder von leidenden Tieren verletzen unser ethisches Empfinden. 70% der Tierversuche werden in Schweregrade 0 und 1 durchgeführt. Solche Versuche sind nur leicht oder gar nicht belastend, wie Beobachtungsstudien. Gegen diese Versuche ist bei guten Haltungsbedingungen nichts einzuwenden. Der Tierschutzstandard in der Schweiz ist hoch. Werden Tierversuche ins Ausland verlagert, würde das Tierleid grösser. Den Labortieren würde ein Bärendienst erwiesen. Doch trotz hohem Tierschutzstandard, besteht Handlungsbedarf. Schweizer Tierschutznormen gelten nämlich nicht für Labortiere, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen. Das ist störend. Auch Tierversuche, bei welchen die Tiere stark leiden, haben meist keine wissenschaftliche Aussagekraft. Sie sind unnötig und könnten vermieden werden. Die Initiative geht diese Missstände nicht an.

Schwerwiegende Konsequenzen für die Gesundheitsversorgung

Der Zugang zu den neuesten Behandlungen beispielsweise von Krebs würden verunmöglicht. Die Initiative verbietet eine Neuzulassung von Arzneimittel, die mit Tierversuchen geprüft werden. Die Schweiz wäre damit vom medizinischen Fortschritt abgeschnitten und weltweit isoliert. Viele Heilmittel wären nicht mehr zugänglich oder würden massiv verteuert mit verheerenden Folgen für das Gesundheitswesen. Der Weg zu einer Zweiklassenmedizin wäre vorgezeichnet. Leute mit Geld könnten sich im Ausland mit den neuesten Medikamenten und Behandlungen eindecken. Das kann nicht im Interesse der Schweizer Bevölkerung sein.

Die Initiative verbietet zudem auch den Handel, Ein- und Ausfuhr von Produkten, die mit Tierversuchen getestet werden. Die Schweiz wäre gezwungen vom internationalen OECD Standards im Bereich Chemikalien abzuweichen mit schwerwiegenden Konsequenzen auf das Schutzniveau der Schweizer Bevölkerung. Auch das kann nicht im Interesse der Bevölkerung und der Umwelt sein.

Die Initiative verbietet auch Menschenversuche. Mit einem Verbot von «Forschung am Menschen» würde die Wissenschaft in den Bereichen Medizin, Psychologie und Sportwissenschaft stark behindert. Der Begriff «Menschenversuch» ist nicht definiert, grundsätzlich ist dieser Bereich aber ethisch gut geregelt. Auch da kann ein Verbot nicht im Interesse der betroffenen Menschen sein.

Fazit

Für mehr Tierwohl braucht es ein ethisch vertretbares Versuchswesen in der Schweiz. Ein schrittweiser Umbau auf tierversuchsfrei Methoden ist bereits im Gang und kann nur gemeinsam mit der Wissenschaft erfolgen. Ein radikales Versuchsverbot ist weder im Interesse der Bevölkerung noch im Interesse des Tierwohls. Deshalb Nein zur radikalen Menschen- und Tierversuchsinitiative.

Kontakt:

Martina Munz, Nationalrätin SP (SH), Tel. 079 744 44 10, martina.munz@parl.ch